



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

**DIE LINKE.**

Nr. 06/2023

## Für ein friedlicheres 2024

Die Partei DIE LINKE hat einige Krisen erlebt. Selbstbeschäftigung und Denunziationen zeigten in den letzten Jahren ein Bild fehlender Geschlossenheit.

Gregor Gysi, der sich als Zweckoptimist bezeichnet, stellt in einem Interview in der MOZ am 17. November 2023 fest: „Wir haben den Osten vernachlässigt und so der AfD Raum gelassen. Es gilt sich um 5 Themen zu kümmern:

**reale Friedenspolitik,  
soziale Gerechtigkeit einschließlich Steuergerechtigkeit,  
ökologische Nachhaltigkeit in sozialer Verantwortung,  
die Gleichstellung von Frau und Mann und  
die Gleichstellung von Ost und West.“**

Auf dem Augsburger Parteitag haben die Anwesenden sich für eine Erneuerung der Partei DIE LINKE ausgesprochen. Klar ist, inhaltliche „Vielstimmigkeit“ führt zur Lähmung und könnte zur Bedeutungslosigkeit führen.

Durch die Trennung von Sarah Wagenknecht gibt es eine Reihe von Parteiaustritten. Aber deutlich zahlreicher sind bisher die Eintritte und auch Rückkehrer, die DIE LINKE wegen des Kurses von Sarah Wagenknecht verlassen haben.

Beeindruckend und emotional sehr angesprochen haben mich persönlich die Bewerbungsrede von Gerhard Trabert für die Europawahl 2024 sowie sein Interview in nd DER TAG Nr. 267, 17.11.2023.

Einige Aussagen:

### Aus dem Inhalt:

Für ein friedlicheres 2024	S.1
9.11.1938: Nie wieder ist jetzt	S.2
Unsere Zukunft beginnt jetzt	S.3
Neuer demokratischer Aufbruch	S.4
für eine andere politische Kultur	S.5
Am Problem vorbei, Aus der Fraktion, Neues 2024, Geburtstage	S.6
Termine/Arbeitsplan, Neujahrsgruß	S.7
	S.8

„Wir können doch nicht die Armen hierzuland gegen die Armen in anderen Teilen der Welt ausspielen! Die LINKE muss über die Landesgrenzen und die Grenzen Europas hinausschauen und die Unrechtsstrukturen überall auf der Welt bekämpfen.“

„Frieden muss in der Gegenwart und Zukunft das zentrale Thema sein.“

Fortsetzung S. 2

Höchst problematisch ist für Gerhard Trabert, dass Jeder, der für Frieden ist, als Putin-Versteher diffamiert wird. Er selbst war mehrmals in der Ukraine und hat viele Gespräche dort geführt. Deshalb findet er es wie viele Menschen richtig, stärker über Friedenskonzepte zu reden und über einen Waffenstillstand. Das ist kein Entgegenkommen gegenüber Putin, sondern eines, was die Menschen in der Ukraine in den Mittelpunkt stellt.

Dazu passt der Textauszug/Refrain aus „Der einfache Frieden“ von Gisela Steineckert:

„Das ist der einfache Frieden, den schätze nicht gering.  
Es ist um den einfachen Frieden seit Jahrtausenden Jahren ein beschwerlich Ding.“

**Monika Gohl**

## **9. November 1938: »Nie wieder ist jetzt«**

Anlässlich des Gedenktages der Novemberpogrome 1938 erklären die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Janine Wissler und Martin Schirdewan:

Die Pogrome, die am 9. November 1938 begannen, waren der Auftakt zum düstersten Kapitel der deutschen Geschichte - der Shoa. Diese brutalen Übergriffe und Gräueltaten gegen jüdische Menschen, die Zerstörungen von Synagogen, sind Mahnung und Aufruf zugleich, den Antisemitismus in all seinen Formen entschlossen zu bekämpfen. Die schrecklichen Ereignisse dürfen sich nicht wiederholen. Diese Lehre aus der Geschichte darf niemals vergessen werden und muss uns Auftrag zum Handeln sein.

Ein aktives Einstehen gegen Antisemitismus in Deutschland ist heute dringender denn je. Denn wir müssen auch hierzulande eine massive Zunahme antisemitischer Übergriffe feststellen, nicht erst seit dem brutalen Terror der Hamas am 7. Oktober gegen Israel, aber seitdem verstärkt. Ein trauriger Höhepunkt ist der Brandanschlag auf eine Berliner Gemeinde. Jüdinnen und Juden berichten, dass ihre Wohnhäuser mit Davidsternen markiert werden und sie auf der Straße angegriffen und angepöbelt werden. Eine Anfrage unserer Bundestagsabgeordneten Petra Pau macht deutlich: Straftaten gegen Jüdinnen und Juden nehmen in Deutschland zu. Auch antisemitische Verschwörungstheorien werden verstärkt in Umlauf gebracht und geteilt. All das passiert nicht im luftleeren Raum, sondern in einer Zeit, in der in Bayern ekelhafte antisemitische Flugblätter als Bubenstreich des stellvertretenden Ministerpräsidenten bagatellisiert werden. Parallel wird eine faschistische Partei, die in Bezug auf Nationalsozialismus und Shoa von "Schuld kult" und "Fliegenschiss" redet, in den Landesparlamenten von Konservativen und Liberalen hofiert.

Das zeigt auch: Antisemitismus kann man nicht abschieben, er ist ein gesamtgesellschaftliches, ein deutsches Problem. Er muss hierzulande mit allen demokratischen Mitteln politisch bekämpft werden. Das Engagement gegen Antisemitismus und gegen Rassismus gehört zusammen. Alle DemokratInnen sollten hier gemeinsam kämpfen, denn es geht um unsere Demokratie. Antisemitismus ist nicht nur eine tödliche Gefahr für alle Jüdinnen und Juden, sondern auch für die demokratische Gesellschaft als Ganzes.

„Nie wieder ist jetzt“, heißt alles dafür zu tun, dass sich die Gewaltakte des 9. November 1938 nicht wiederholen können. Es braucht endlich ein richtiges Demokratiefördergesetz, um diejenigen in der Zivilgesellschaft zu stärken, die im Alltag klare Kante gegen die extreme Rechte zeigen.

Es gibt vieles, was die demokratischen Parteien tun können, wenn sie aus dem gemeinsamen Gedenken an die Opfer der Pogromnacht praktische Konsequenzen ziehen wollen.

Wir stehen an der Seite aller von Gewalt und Anfeindungen betroffenen Jüdinnen und Juden und werden entschlossen jedem Antisemitismus entgentreten.

Das begreifen wir als LINKE als unsere Verantwortung, ihr werden wir gerade in diesen Zeiten nachkommen.

8. November 2023

Janin Wissler & Martin Schirdewan



DIE LINKE ist und bleibt die einzige glaubwürdige soziale Opposition. Wir kämpfen im Interesse der Mehrheit in diesem Land für Solidarität und Gerechtigkeit, sozialen Klimaschutz, friedliche und zivile Konfliktlösungen. DIE LINKE bleibt stabil, wir stemmen uns gegen den Rechtsruck im Land.

Jetzt haben wir Klarheit: Mehrere Bundestagsabgeordnete um Sahra Wagenknecht haben ihren Austritt aus der LINKEN erklärt und die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Damit ist endlich Schluss mit einer monatelangen Hängepartie. Martin Schirdewan kritisiert diese Abkehr von der LINKEN in der aktuellen Pressekonferenz als "völlig unverantwortlich". Denn wer in dieser Zeit gesellschaftlicher Krisen die Partei verlässt, anstatt in Gremien und auf Parteitagern um Mehrheiten zu ringen und sich offen zeigt für Unternehmensspenden, der stellt persönlichen Ehrgeiz über eine starke linke Opposition.

Dabei kommt es jetzt auf eine entschlossene LINKE an, die gegen soziale Spaltung und gegen die verheerende Politik der Ampel-Regierung kämpft. Nur linke Politik kann die nötige Veränderung schaffen und Frieden und Freiheit, Klimagerechtigkeit und Beschäftigung, soziale Sicherheit und Demokratie sichern. In Zeiten der Unsicherheit braucht es linke Antworten, nicht unverantwortliche Egotrips.

Wir blicken nach vorn und legen den Fokus auf unsere Arbeit vor Ort, auf der Straße und in den Parlamenten. Wir stehen zusammen, wir wollen dieses Land solidarischer und gerechter machen. Unseren vielen neuen Mitgliedern sagen wir herzlich willkommen! Wir übernehmen die Verantwortung, die uns als demokratisch-sozialistischer Partei zukommt. In diesem Sinne haben der Parteivorstand und die Landesvorsitzenden, unterstützt vom Präsidium des Bundesausschusses, den Beschluss "Unsere Zukunft beginnt jetzt: Die LINKE als Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz stärken!" gefasst.

# Neuer demokratischer Aufbruch

## Konzept für eine andere politische Kultur in Brandenburg und eine entsprechende Neu-Positionierung der LINKEN

Die politische Stimmung in Brandenburg stellt sich nach den Erkenntnissen aus den Studien von Landesverband und Landtagsfraktion der LINKEN wie folgt dar:

Die Zufriedenheit der Brandenburger\*innen mit ihrem Leben ist nahezu über alle Lebensbereiche und alle Bevölkerungsgruppen hinweg rückläufig. Auffällig sind dabei die erheblichen Disparitäten zwischen berlinnahen und berlinfernen Regionen sowie zwischen den Alterskohorten. Unzufriedenheit und negative Emotionen sind in ländlichen Regionen sowie bei den Befragten jüngeren und mittleren Alters besonders ausgeprägt.

Insgesamt überwiegen in der Bevölkerung Frustration und Enttäuschung. Man wendet sich zunehmend vom politischen Geschehen ab, und wer dies schon getan hat, erlebt es als Befreiung. Es besteht eine starke Überzeugung, man werde zwar nicht belogen, aber relevante Informationen würden den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten. Der Medienlandschaft wird misstraut. Im Ergebnis glauben viele und auch Bessergebildete nur noch das, was sie selbst erleben oder ihnen vertrauenswürdige Personen berichten. Genau dort können undemokratische Kräfte leicht in Kontakt kommen und Bindungen aufbauen. Innerhalb der negativen Grundstimmung ist eine starke Dynamik und Energie spürbar. Damit korrespondierend gibt es eine starke Wechselstimmung und eine hohe Unzufriedenheit mit Regierungshandeln.

Die Landespolitik als Ganzes befindet sich zunehmend in einer Wahrnehmungskrise. Sie wirkt weit weg vom täglichen Leben und den Problemen der Menschen, sie hat für deren Alltag im Grunde keinerlei Relevanz mehr. Dies führt zu einer Abwendung. Die Parteien werden kaum noch mit politischen Inhalten verknüpft. Einzelne politische Akteure sind wenig bekannt. Der politische Streit der Parteien, das gesamte „Parlamentstheater“ (Wording eines Befragten), wird als lästig und wenig zielführend mit Blick auf die Lösung von alltäglichen Problemen empfunden. Stattdessen wird eine Zusammenarbeit aller Akteur\*innen zum Wohle der Bevölkerung, kooperativ und über Parteigrenzen hinweg, gewünscht.

Doch stattdessen erleben die Befragten das Gegenteil, fühlen sich übergangen. Ganz allgemein löst die Mixtur verschiedener Krisen von Corona-Pandemie bis Ukraine-Krieg bei vielen Menschen eine starke Verunsicherung und ein Überforderungsgefühl aus. Befragte berichten von dem Gefühl, dass „alle an einem zerran“. Die AfD ist erfolgreich, weil sie den Menschen eine spezifische Form der Rückversicherung vorgaukelt, indem sie ihnen spiegelt: „Ihr müsst euch nicht verändern. Ihr könnt weiter Fleisch essen, mit Öl heizen, zum Fasching als ‚Indianer‘ kommen.“ Besonders erfolgreich ist das in der Kohorte der 35- bis 49-Jährigen, in der die AfD ihr Potential auf 54 Prozent ausweiten konnte. Für demokratische Parteien ist diese Altersgruppe indes kaum noch erreichbar. Brandenburger\*innen aus dieser Kohorte haben größtenteils die Nachwendewirungen als Jugendliche oder junge Erwachsene miterlebt. Neuen Veränderungen stehen sie aus dieser Erfahrung heraus entschieden bis aggressiv ablehnend gegenüber.

In genau diesen Bereichen wird die politische Arbeit schon lange als mangelhaft erlebt. Erwartet werden hier kreative Lösungsansätze sowie die zügige Beseitigung der wahrgenommenen Defizite, allerdings verspricht man sich hier wenig Verbesserungen.

Als Paradebeispiel für bürgerferne ungerechte Politik gilt vielen der Umgang mit Tesla. Hier zeigt sich für die Befragten: Schnelle Entscheidungen sind möglich, wenn die Politik es möchte, allerdings zulasten der Bevölkerung, insbesondere was den Ausverkauf natürlicher Ressourcen anbelangt. Die Wasserfrage hat eine hohe emotionale Relevanz. Dialog auf Augenhöhe findet in der Wahrnehmung der Befragten nicht statt. Mehrwert entstünde vor allem durch Zuhören, Verstehen und die ergebnisoffene Diskussion von Lösungsansätzen. In diesem Zusammenhang gibt es ein starkes Bedürfnis nach mehr Nähe und mehr Einbindung in politische Entscheidungen. Insgesamt zeigt sich: Es geht vor allem um eine andere politische Kultur: bürgernah, verständnisvoll, anerkennend, kooperativ, konsensorientiert, mitbestimmt, kurz: gemeinsam zum Wohle der Bevölkerung.

## **Die vier Säulen des Neuen Demokratischen Aufbruchs**

### **1. Wiederherstellung von Augenhöhe**

Anerkennung von Lebensrealitäten  
Bürger\*innen als Expert\*innen verstehen  
Beteiligungsformate für die sozialen Fragen des Alltagslebens  
Beteiligungssimulation ist schädlich  
Augenhöhe einfordern und herstellen

### **2. Wiederherstellung von Nähe**

Formate zur Herstellung von Nähe durch Öffentlichkeitsarbeit, sichtbare Kontaktpunkte  
Ehrliche Hilfe, direkte Ansprechbarkeit, einfach mal zusammenkommen  
Fokussierung auf Wahlkreisarbeit  
Verbindlichkeit durch Verträge mit Bürger\*innen, z. B. bei Problemen der Bürger  
Sozialfonds  
Auch von der Landesregierung fordern wir mehr Nähe und Bürgerkontakt ein.

### **3. Problemlösung durch Kooperation**

Schluss mit dem „Theater“  
Lösungsfindung in den Mittelpunkt der Kommunikation  
Eine andere Fehlerkultur  
Anknüpfen an Brandenburger Weg und Runde Tische  
Anderer Umgang mit Volksgesetzgebung  
Wir warten nicht mehr; wir machen einfach selber.

### **4. Rote Linie gegenüber Demokratiefeinden**

Keine Zusammenarbeit mit der AfD  
Haltung statt Einknicken  
Sachfragen als Sachfragen bearbeiten  
Zivilcourage den Rücken stärken mit Bündnissen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Toleranz  
Courage und Gegenrede stärken, z. B. durch Bildungsarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung u. a.

Über diese 4 Säulen des Neuen Demokratischen Aufbruchs wollen wir in unserer ersten Mitgliederversammlung diskutieren und Anregungen für unsere zukünftigen Abgeordneten geben.

**Wann? 13. Januar 2024 ab 13:30 Uhr im KOMM**

## **Im Osten haarscharf am Problem vorbei**

Während der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), den Mangel an Kandidaten bei den Kommunalwahlen in den ostdeutschen Bundesländern beklagt und die Bürger aufruft, zu kandidieren, wirft ihm Brandenburgs CDU-Landes- und Fraktionschef Jan Redmann (CDU) inhaltsleere Rhetorik vor und plädiert stattdessen für eine veränderte Flüchtlings- und Infrastrukturpolitik, gerade in den Ostländern.

Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburgischen Landtag, Sebastian Walter:

„Wer den Mangel an Kandidaten bei den Kommunalwahlen der ostdeutschen Kreistage und Gemeindevertretungen beklagt, darf über die immensen Fehler der letzten Jahrzehnte nicht schweigen. Über unsere Belange haben andere entschieden, zumeist aus den westlichen Bundesländern. Die jahrzehntelange Bevormundung der Ostdeutschen rächt sich jetzt. Sie muss schleunigst beendet werden. Die Menschen müssen ermutigt werden, ihre Belange selbstbewusst in die eigenen Hände zu nehmen.

Wer in diesem Zusammenhang die Migrationskarte populistisch ausspielt und das Problem nur auf die Entwicklung der Infrastruktur reduziert, verkennt die ostdeutschen Gefühlslagen im Zusammenhang mit verweigerter Repräsentation, Bevormundung, Ungleichbehandlung und Verarmung. Carsten Schneider und Jan Redmann schrammen haarscharf am Problem vorbei. Von SPD und CDU wurde nichts getan, den Menschen in den ostdeutschen Bundesländern auf Augenhöhe zu begegnen. Wir müssen endlich antreten, die Alltagsprobleme im Osten zu lösen! Wer weniger verdient als im Westen und wegen längerer Pendelwege mehr Geld an der Tankstelle lässt, bei dem schlagen die hohen Strom-, Heiz- und Lebensmittelkosten noch mehr durch. Daran ändert die Flüchtlingspolitik rein gar nichts.“

**Sebastian Walter**  
**16. November 2023**

## **Aus der Fraktion in der SVV**

### **Rede zum Haushalt und zu dies und das**

Heute (6. Dezember 2023) beschließen wir zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode und in dieser Zusammensetzung den Haushalt 2024. Herr Tonk sieht ein bisschen mitgenommen aus, denn es gab viel zu bedenken und auch noch nachträglich einzuarbeiten. Er und alle Kollegen der verschiedenen Fachbereiche haben hart daran gearbeitet, um den Entwurf pünktlich vorzulegen. Dazu kamen noch die vielen Fragen der Fraktionen und Bitten, bestimmte Sachen näher zu beleuchten. Nun sind wir alle erhellt.

Zu den Eckdaten des Haushaltes 2024 gehören der geplante Fehlbedarf im Ergebnishaushalt von 1,5 Mio. Euro. Darin ist bereits eine Inanspruchnahme aus den Rückstellungen in einer Höhe von 2,9 Mio. Euro enthalten. Wir müssen jedes Jahr mit wachsenden Investitionen rechnen, weil die Verteuerung von Materialien und Bauleistungen kein Ende nimmt. Im Augenblick sieht die Lage der Steuereinnahmen gut bis sehr gut aus. Aber wie lange noch? Wenn wir Steuereinnahmen in größeren Umfängen zu erwarten haben, dann bekommen wir weniger Zuweisungen von Bund, Land und Kreis. Das hat etwas mit dem Finanzausgleich zu tun. Ärmere Kommunen müssen selbstverständlich großzügiger unterstützt werden.

*Fortsetzung S. 7*

Schwedt leistet sich viel. Die sogenannten freiwilligen Aufgaben, das Betreiben von sozialen Einrichtungen und Sportstätten für Kinder- und Jugendliche und auch für ältere Menschen, finanzieren die Stadt und der Kreis mit ihren Transferleistungen. Vielen Dank für den detaillierten Überblick, den sie uns gegeben haben.

Die Mitarbeiter im Rathaus agieren nicht hinter verschlossenen Türen, wie uns manch einer weismachen möchte. Sie sind stets für Gespräche offen und stellen sich den Problemen vor Ort. Wir haben uns in den vergangenen Jahren regelmäßig in den Fachbereichen angemeldet, um Dinge zu klären, die ohne Antrag oder zusätzliche Anfragen in den Ausschüssen oder der SVV zeitnah zur Zufriedenheit gelöst werden konnten. So eine Vorgehensweise erspart auch Rücksprachen in den ehrenamtlichen Gremien und erleichtert die Zusammenarbeit bzw. fördert das Vertrauen zwischen Abgeordneten und Rathaus-Team. Dafür möchten wir uns bei allen Mitarbeitern und insbesondere bei unserer Bürgermeisterin, Frau Hoppe, für ihre Geduld bedanken.

Der Haushalt 2024 ist trotz einiger zusätzlicher Belastungen und damit verbundenen Hinweisen zum sparsamen Umgang mit den Mitteln eine solide Arbeitsgrundlage für alle, denn ohne seine Bestätigung können am 01.01.2024 weder die Rathausmitglieder noch die zahlreichen Vereine unserer Stadt ihre Arbeit fortsetzen oder beginnen.

Die Fraktion DIE LINKE stimmt dem Haushaltsentwurf zu.

**Bärbel Ramm**

## **Was wird im neuen Jahr anders beim KoppHoch**

Der KoppHoch erscheint ab 2024 quartalsweise, also viermal im Jahr. Damit die Redaktion auch alle wichtigen Informationen unterbringen kann, werden diese Ausgaben jeweils 12 Seiten umfassen.

Die Gratulationen zum Geburtstag werden nicht mehr namentlich benannt.

Die Redaktion bedankt sich bei allen Mitstreitern für ihre Mitarbeit und hofft, dass 2024 wieder Beiträge aus der Mitgliedschaft oder von Leserinnen und Lesern den KoppHoch bereichern werden.

**Redaktion des KoppHoch**



**Zum Geburtstag wünscht die Redaktion des KoppHoch allen Genossinnen und Genossen sowie allen Leserinnen und Lesern alles Gute, Gesundheit und ein wunderbares neues Lebensjahr.**

**Wir trauern um Eva Glöckner**  
gestorben im Alter von 90 Jahren.



## Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: Dezember 2023 (Termine vom Kreisverband liegen noch nicht vor)

10.01.2024	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
13.01.2024	Aufstellungsversammlung Kreistag	Prenzlau
13.01.2024	Jahresauftakt BO Schwedt zum Wahljahr	13:30 bis 15:30 Uhr KOMM Marchlewskiring
31.01.2024	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
05.02.2024	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1.OG Raum 207
10.02.2024	Aufstellungsversammlung für SVV	13:30 bis 15:30 Uhr KOMM Marchlewskiring
04.03.2024	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1.OG Raum 207
06.03.2024	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
06.03.2024	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
16.03.2024	Frauentagstreff (auch für Männer)	13:30 bis 15:30 Uhr KOMM Marchlewskiring
03.04.2024	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
24.04.2024	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
01.05.2024	1.Mai-Veranstaltung mit Kandidaten für die SVV und den Kreis	Zeit und Ort werden rechtzeitig bekannt gegeben



Schenke groß oder klein,  
aber immer gediegen.  
Wenn die Bedachten die Gabe wiegen,  
sei dein Gewissen rein.  
Schenke herzlich und frei.  
Schenke dabei, was in dir wohnt  
an Meinung, Geschmack und Humor,  
so dass die eigene Freude zuvor  
dich reichlich belohnt.  
Schenke mit Geist ohne List.  
Sei eingedenk, dass dein Geschenk –  
Du selber bist.

Joachim Ringelnatz

**In diesem Sinne besinnliche Weihnachten  
und einen gelungenen Start ins neue Jahr  
wünscht die BO Schwedt DIE LINKE.**

KoppHoch erscheint aller drei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 01-2024: 28.03.2024

### Impressum

#### Herausgeber:

DIE LINKE  
Basisorganisation Schwedt

#### V.i.S.d.P.:

I. Giel

#### Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

#### Gestaltung:

M.+I. Giel

#### Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei  
DIE LINKE Schwedt

### Sprechzeiten

#### Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 208  
mind. 1 x wöchentlich oder nach  
Bedarf bzw. Tel. 415810

#### Finanzen

Mo, 29.01.2024, 14 bis 16 Uhr  
Mo, 04.03.2024, 14 bis 16 Uhr  
Mo, 25.03.2024, 14 bis 16 Uhr  
Mo, 29.04.2024, 14 bis 16 Uhr  
Mo, 27.05.2024, 14 bis 16 Uhr

### Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder  
Auguststraße 2, 16303 Schwedt  
e-mail:

[schwedt@dielinke-uckermark.de](mailto:schwedt@dielinke-uckermark.de)  
Tel.: (03332) 31928

Webseite:

[www.dielinke-uckermark.de](http://www.dielinke-uckermark.de)